

eingetragen
E. Seidrich
und Oreg
hofft ausge
Ter bis
Heilich in
bisherigen
in Michae
meiter und
f. ange
Die bis
littes geh
schäfe unter
in fort;
aner Naha
g in Jitta
gub Bhang
schäftsmey
el mit Kran
tie bestriffen

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Nr. 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-
teile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M.,
unter Eingeladn 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluss der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verlaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und pressegesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 210

Freitag, 9. September

1921

Ablehnung der Aufnahme aller Staaten in den Völkerbund.

Genf, 7. September. Die erste Kommission des Völkerbundschaususses beschloß heute, den Antrag der argentinischen Delegation abzulehnen, wonach alle selbständigen Staaten auf ihr Verlangen in den Völkerbund aufgenommen werden sollen, wobei der Ausschuss jedoch keine Sympathie für die idealen Beweggründe des Antrages äußerte.

Die irische Frage.

London, 7. September. Das britische Kabinett tritt heute in Iwerney zusammen, um die letzte Antwort de Valeras auf das Angebot der britischen Regierung zu erörtern. Den Blättern zufolge wird Lord Curzon wegen einer Unmöglichkeit nicht an der Kabinettsitzung teilnehmen können.

Der politische Berichterstatter der „Daily Mail“ meldet aus Iwerney: Es wird den Sinnfeiner-Parlament eine kurze Spanne Zeit gewährt werden, in der sie endgültig erklären müssen, ob sie in eine Konferenz auf der in dem Angebot der britischen Regierung niedergelegten Grundlage eingetretten gewillt seien. Die Regierung werde sich nicht die gesamten Fragen dem Parlament unterbreiten, bevor sie die Repressionspolitik in Irland wieder einführt. Sie würde es sogar vorziehen, die Frage dem Lande zu unterbreiten. Die Möglichkeit von Reumakeln im Herbst sei unter diesen Umständen keineswegs ausgeschlossen. Lord George hege aber immer noch die Hoffnung, daß die Sinnfeiner jetzt die Gefahren einer weiteren Verzögerung einsehen würden.

London, 7. September. Der parlamentarische Ausschuss des Gewerkschaftsausschusses und der nationale Volkzugsausschuss der Arbeiterpartei haben gestern in einer gemeinsamen Sitzung ein Telegramm an Lloyd George über die irische Frage beschlossen, in dem erklärt wird, es müßten neue Schritte getan werden. Die britische Regierung müsse die Vertreter des irischen Volkes zu einer Konferenz einladen. In der Entscheidung wird nachdrücklich erklärt, daß der Krieg mit den Sinnfeinern niemals die Genehmigung des britischen Volkes erhalten würde.

Dublin, 7. September. De Valera erklärte in einer Ansprache, die britischen Staatsmänner seien Irland zweifelhafte Margarine für Butter an und seien vertrießlich, daß Irland sie nicht annehme. Er fuhr fort: Die englische Presse sagt, ob wir Frieden wünschen. Wir haben ihn gewünscht und wünschen ihn sehr. Aus diesem Grunde lehnen wir es ab, die Dinge anders zu sehen, als sie sind. Der Frieden kann niemals auf Verpflegungen gegründet werden. Lassen Sie uns jede Verstellung und Heuchelei vermeiden. Wenn England ein Ultimatum ergehen lassen will, laßt es ein Ultimatum sein. Kein Vorwand wird verhindern, daß die Gewalt als das anerkannt wird, was sie wirklich ist. Wir kämpfen für die Gründung einer natürlichen Union. Jeder, der Großbritannien als Freund zu sehen wünscht, wird helfend eingreifen.

London, 7. September. (Reuter.) Es ist ein Ausschuss eingesetzt worden, der aus allen in Schottland anwesenden Kabinettsmitgliedern besteht und die irische Frage behandeln soll und mit allen Vollmachten handeln soll, sobald die nächste Antwort de Valeras eintrifft. Möglicherweise wird noch ein weiterer Kabinettsrat in Iwerney abgehalten werden. Ferner ist ein Kabinettsausschuss eingesetzt worden, der sich mit der Arbeitslosenfrage beschäftigen soll.

Iwerney, 7. September. (Reuter.) Heute fuhr das Kabinett zu einer wichtigen Sitzung zusammen, um die irische Antwort zu besprechen. Tausende von Zuschauern drängten sich auf den Straßen und jubelten Lloyd George zu, der mit dem König in der Royal Hall gesprochen und eine zweifelhafte Unterredung gehabt hatte. Die Redezeit, habe Lloyd George betont, es sei notwendig, die Verhandlungen fortzusetzen. Die Regierung erwiderte sich hauptsächlich auf die Frage, den Sinnfeinern für die Annahme oder

Bayern und das Reich.

Um die Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Berlin, 8. September. Ein Münchener Telegramm meldet, die bayerische Delegation in Berlin solle gemäß den Beschlüssen des Ministeriums vom 5. d. M. die Verordnung des Reichspräsidenten betr. Zeitungs- und Versammlungsverbote anerkennen, sofern die Ausführung den bayerischen Behörden überlassen bleibe und den verbotenen Zeitungen die Herbeiführung einer richterlichen Entscheidung ermöglicht werde. Dagegen sei der Abordnung nicht gestattet, über die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern zu verhandeln. Sie sei vielmehr beauftragt, der Reichsregierung nochmals darzulegen, daß vom Standpunkte der bayerischen Regierung dieser Ausnahmezustand eine unbedingte Notwendigkeit darstelle. Ungehörige Abmachungen werde die bayerische Abordnung nicht zu treffen haben. Vielmehr bleibe die letzte Entscheidung der bayerischen Regierung selbst vorbehalten.

Eine militärische Organisation in Bayern?

Berlin, 8. September. Die „Freiheit“ behauptet, daß die in Bayern nach Auflösung der Einwohnerwehren unter dem Namen „Rotbann“ geschaffene neue Organisation, die zum Schutz gegen den Streikrisikostand dienen soll, in Wirklichkeit eine verheerende Einwohnerwehr sei. Bei den Münchener Demonstrationen für die Republik sei der Rotbann in Alarmbereitschaft gewesen. Er habe also militärische Ziele und werde von denselben Personen geleitet, wie die bisherigen Einwohnerwehren. Die Reichsregierung werde nicht umhin können, sich mit dieser Organisation eingehend zu befassen.

Die sozialdemokratischen Parteien und die bayerische Frage.

Berlin, 8. September. Die der „Vorwärts“ meldet, hatten am Mittwoch Vertreter der S. P. D. mit solchen der U. S. P. D. eine vertrauliche Aussprache über die politische Lage. Man war sich darüber einig, daß sich zum Schutze der Republik ein gemeinsames Vorgehen beider Parteien empfehle. Im Vordergrund stand die bayerische Frage. Abseitig wurde betont, daß die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern unerlässlich sei. Am Abend unterrichteten beide Parteien den Reichspräsidenten und den Reichsminister des Innern über ihre Auffassung. Besonders betonten sie, daß kommunistische Blätter verboten worden seien und ließen keinen Zweifel darüber, daß der im wesentlichen gegen die Reichsbehörden gerichtete Charakter der Verordnungen nicht durch untergeordnete Verwaltungsorgane verwischt und nach links umgebogen werden dürfe. Die Regierungsvertreter erklärten, wenn linksstehende Blätter zur Gewaltanwendung gegen die Verfassung oder die Vertreter der Republik auffordernden, so müsse die Verordnung auch gegen sie angewendet werden. Die Besprechung wich Donnerstag abend fortgesetzt, nachdem die Beratung mit den bayerischen Vertretern beendet ist.

Das Uebel der Sanktionen.

Berlin, 8. September. Unter dieser Überschrift führt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aus: Der im Abendblatt der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom Sonnabend, den 3. September d. J., erschienene Aufsatz mit der Überschrift „Das Uebel der Sanktionen“ hat den „Tempo“ vom 5. September zu einer Erwiderung veranlaßt. Wir gehen darüber hinweg, daß der „Tempo“ die schon oftmals aufgestellte und ebenbürtig widerlegte Behauptung, Deutschland habe unter Verstoß gegen die Friedensbedingungen alliierte Waren bei der Einfuhr nach Deutschland systematisch diskriminiert, nochmals aufwärmt. Interessanter ist der Hinweis auf das in den letzten Tagen abgeschlossene deutsch-italienische Wirtschaftsverständnis, das nach Ansicht des „Tempo“ beweise, daß Deutschland sich durchgängig nicht der Einfuhr von sogenannten Luxusartikeln verschließe, was im übrigen auch eine Absurdität sei.

Demgegenüber muß dem „Tempo“ erwidert werden, daß Deutschland sich durchaus nicht der Einfuhr von Luxusartikeln verschließe, was im übrigen auch eine Absurdität sei. Diese Erkenntnis hat seine praktische Anwendung in deutsch-italienischen Abereinkommen gefunden. Wenn Frankreich ein ähnliches Abkommen mit Deutschland wünschenswert findet, so ist dessen Zustandekommen allein vom Willen Frankreichs abhängig. Die Besprechungen, die in Paris zwischen dem Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Fiebig und dem Sen. Seydoux stattgefunden haben, endeten bekanntlich mit einer Abrede über den künftigen Abschluß eines ähnlichen Abkommens. Die deutsche

Regierung hat sich gegenüber der französischen Regierung ausdrücklich bereit erklärt, auf dieser Grundlage weiter zu verhandeln. Es steht bei Frankreich, durch Mitteilung der Listen über die verschiedenen Warengruppen, die es in die Vereinbarung einbezogen zu sehen wünscht, die Verhandlungen zu beschleunigen.

Die griechisch-türkischen Kämpfe.

London, 7. September. Nach einer Meldung aus Smyrna erlitten in den zehntägigen Kämpfen in Angora beide Teile schwere Verluste. Die an Zahl unterlegenen türkischen Kräfte leisteten bis zum letzten Mann Widerstand. Es kam zu zahlreichen Bajonettkämpfen. Die Lage der fernasiatischen Armee ist noch nicht zu übersehen.

Paris, 8. September. Einer Havasmeldung aus Konstantinopel zufolge besagen die letzten Nachrichten von der Front, daß die Griechen nach achtstägiger Schlacht auf der Salariastront ungefähr 7 km vorgezogen sind. Die Verluste würden auf etwa 30000 Mann geschätzt. Die Nachrichten von der Besetzung Angoras seien unbegründet. Gegenwärtig seien die Griechen etwa 50 bis 70 km von dieser Stadt entfernt. Der Widerstand der Türken dauert an. Die Festigkeit des Kampfes hat neuerdings nachgelassen.

Wieder der Abschluß des deutsch-italienischen Abkommens noch der Wunsch Frankreichs, auch in Deutschland einen Markt für gewisse Produkte zu finden, können also als Vorwand dafür dienen, die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen im Rheinland von der Schaffung eines besonderen Kontrollorgans für die Aus- und Einfuhr des besetzten Gebietes abhängig zu machen. Die legitimen Ansprüche Frankreichs auf entsprechende Berücksichtigung seiner Kaufkraft bei der Handhabung des deutschen Aus- und Einfuhrsystems würden seitens Deutschlands auch anderweitig sichergestellt werden.

Die Hilfe für Rußland.

London, 7. September. Wie der „Star“ vom Auswärtigen Amte erfährt, wird sich eine internationale Kommission, sobald die Gewirtsregierung ihre Zustimmung gibt, nach Rußland begeben, um zu prüfen, in welcher Weise den Opfern der Hungersnot am besten geholfen werden kann.

Die Kämpfe in Marokko.

Paris, 7. September. Havos meldet aus Melilla: Im Gebiet von Beni Sirar haben die Marokkanen einen nach Rabat unterwegs befindlichen Transport angegriffen. Nach einem für beide Teile äußerst verlustreichen Kampfe wurden die Angreifer zurückgeschlagen. In die Vorstädte von Melilla fielen einige Granaten, ohne zu treppen oder Schaden anzurichten.

Paris, 7. September. Madrider Blätter versichern, daß binnen kurzem sechs Kolonnen von Melilla abgehen werden, um einen konzentrischen Angriff auf den Feind zu machen.

Oberschlesien im Lichte der polnischen Geschichte.

Die für Deutschlands Schicksal so bedeutungsvolle Entscheidung über Oberschlesien rückt immer näher. Der Völkerbundrat wird diese den Weltfrieden gefährdende Frage nach Recht und Gerechtigkeit entscheiden. Aus diesem Anlaß breitet sich eine der berufensten Kenner der schlesischen Geschichte, der Breslauer Professor Dr. Wendt, in „Reclams Universalien“ die geschichtlichen Tatsachen aus, die unumstößlich zeigen, welches Volk ein historisches Anrecht auf Oberschlesien hat. Die ersten Bewohner Oberschlesiens, deren Stammeszugehörigkeit sich bestimmen läßt, waren nicht Slawen, sondern Germanen. Erst nach der Völkerwanderung traten slawische Stämme auf, die für kurze Zeit zu dem im 10. Jahrhundert gegründeten Polenreich gehörten. Doch schon 1163 erhielt Schlesien eigene Herzöge, die 1300 die Lehnsfreiheit des böhmischen Königs anerkannten. So wurde denn Schlesien — und zwar Oberschlesien genau so wie das ganze Land — bis zum Jahre 1741 ein Teil des böhmischen Staates. Die Polen haben diese Veränderungen durch den Trentschiner Vertrag vom 24. August 1335 ausdrücklich anerkannt. Sie verzichteten auf ganz Schlesien, auch auf die namentlich aufgeführten ober-schlesischen Herzogtümer Oppeln, Jauernberg, Groß-Strehlitz, Kofel, Beuthen, Ratibor, Kujawitz und Teschen. Inwieweit nach 1335 und 1372, wiederholten polnische Könige, Kasimir der Große und Ludwig, diesen Verzicht in der rechtsgültigsten Form und unter Schließung ohne jede Ausnahme ab, also auch ohne Vorbehalt Oberschlesiens. Jede gegenteilige Behauptung von polnischer Seite ist Geschichtsfälschung. Dürren die polnischen Historiker noch irgendwie ein Anrecht auf Oberschlesien zu haben geglaubt, dann hätten sie im 15. und 16. Jahrhundert vielfach Gelegenheiten zur Geltendmachung ihrer Ansprüche gehabt. Polen griff damals in die böhmischen Thronstreitigkeiten nach dem Aussterben der Luxemburger mehrfach ein; polnische Prinzen bewarben sich um die böhmische Krone. Aber in keinem der Friedensschlüsse oder Verträge jener kampfereiften Zeit, die 1526 mit dem Ausschlag Böhmens an das deutsche Kaiserhaus der Habsburger endeten, ist von irgendwelchen polnischen Ansprüchen auf Oberschlesien die Rede. Auch nach 1526 blieb ganz Schlesien mehr als 300 Jahre der unangefochtenen Besitz der Habsburger. Auch als der österreichische Erbfolgekrieg die Herrschaft der Habsburger in Böhmen und Schlesien erschütterte, behauptete Polen niemals die Gelegenheit, Anstrengungen zur Erwerbung Oberschlesiens zu machen. Der Kurfürst von Sachsen, der zugleich König von Polen war, hatte zwar zeitweilig Absichten auf Wärdern und Oberschlesien, aber diese beiden Länder sollten ein ganz neues Königreich bilden und nicht zu Polen geschlagen werden.

Als dann durch den Westfälischen Frieden von 1742 Oberschlesien mit ganz Schlesien als die Frucht des ersten schlesischen Krieges an Preußen kam, da hat Sachsen-Polen nicht den geringsten Einspruch erhoben und auch bei den späteren Friedensschlüssen von 1745 und 1763, in denen die Zugehörigkeit Schlesiens zu Preußen bestätigt wurde, erfahren wir nichts davon, daß Polen irgendwelche alte Besitzrechte auf Oberschlesien geltend gemacht hätte. Als Polen durch die Umgestaltung der politischen Welt durch Napoleon eine teilweise Wiederherstellung erfuhr und allerlei preussische Gebiete zu dem neugeschaffenen Großherzogtum Warschau geschlagen wurden, ist es Napoleon doch nie eingefallen, Oberschlesien als irgendwie zu Polen gehörig zu behandeln und deshalb mit dem neugebildeten Staatswesen zu vereinigen. Oberschlesien blieb auch nach der grausamen Verflechtung Preußens durch den Tilsiter Frieden als ein untrennbarer Bestandteil Schlesiens bei Deutschland. Ebenjowenig wie für Napoleon konnte es für den Wiener Kongreß, der die von Napoleon völlig umgeformte politische Gestaltung Europas neu regelte, eine „ober-schlesische Frage“ geben. Das konstitutionelle Königreich Polen, das nun unter dem russischen Jaren geschaffen wurde, erhielt zwar eine Reihe neuer Staaten zugewiesen, aber von einer Aufgliederung Oberschlesiens zu „Kongreßpolen“ ist nie die Rede gewesen. Auch während

der nationalen Einheit, die im 19. Jahrhundert Europa durchdrangen und die Polen zu verschiedenen Aufständen veranlaßten, haben sie ihre Kraft in begehlichen Wäldern wie nach Oberschlesien gerichtet. Im Sturzjahr 1848, als sich die Polen dem politischen Aufstand angeschlossen, bewiesen die Oberschlesier durch die Tat, daß sie, wie ihr Abgeordneter Koblick auf dem preussischen Landtage erklärte, „deutsche Brüder“ sein und bleiben wollten. Erst in den allerletzten Jahrzehnten ist der Gedanke einer nationalen Vereinigung mit Polen durch die großpolnische Agitation in Oberschlesien künstlich geschürt worden. Eine historische Betrachtung ergibt, auch vom Standpunkt der polnischen Geschichte aus, daß die Polen schon seit vielen Jahrhunderten endgültig auf jedes Recht auf dieses Land verzichtet haben und daß Oberschlesien nicht nur wirtschaftlich und kulturell, sondern auch durch die tiefen geschichtlichen Rechte zu Deutschland gehört.

Anhebung des Belagerungszustandes in Oberschlesien.

Heute, 7. September. Der Belagerungszustand ist heute mittig für ganz Oberschlesien aufgehoben worden.

Verpärkung für Oberschlesien.

Rom, 7. September. Das 2. Bataillon des 2. Grenadierregiments ist nach Oberschlesien abgegangen.

Der Reichkanzler über die politische Lage.

London, 7. September. Reichkanzler Dr. Wirth erklärte in einer Unterredung mit dem Berliner Korrespondenten der „Daily Mail“, er beäufte für den Augenblick nicht einen monarchistischen Staatsstreich, man müsse jedoch immer auf der Hut sein. Nicht alle Bayern seien Monarchisten und nicht alle Monarchisten seien Bayern. Dr. Wirth sagte, er sei entschlossen, mit Bayern keinen Streit zu haben. Bayern sei ein Land, das immer ein starkes lokales Unabhängigkeitsgefühl hatte. Bayern werde jedoch seiner Ansicht nach schließlich nachgeben, wie es dies auch in der Entlohnung und Einwohnererhöhung getan habe. Der Reichkanzler erklärte außerdem, wenn die Welt noch weiter falle, so könne schließlich die Zeit kommen, wo die Welt erkennen werde, daß die Grenze der Zahlungsfähigkeit Deutschlands erreicht worden sei. Deutschland werde jedoch fortfahren zu zahlen bis zur Grenze der Möglichkeit, selbst wenn es darunter zu leiden hat. Die Regierung werde keine weiteren Proteste in Form von Noten und Memoranden machen, die doch niemand lese, sondern fortfahren, die Welt schließlich, wenn es sein müßte, die Tatsachen für sich selbst sprechen. Fast alles hänge von der Lösung der ober-schlesischen Frage ab. Diese Frage und die Frage der Aufhebung der Zwangsmaßnahmen für das Rheinland müßten für Deutschland von höchster Bedeutung sein. Deutschland könne unmöglich den Zweck des Reichstages begreifen, die wirtschaftlichen Sanktionen zu befeitigen, während die militärischen Zwangsmaßnahmen bestehen bleiben.

Die Besprechung mit den deutsch-nationalen Führern.

Berlin, 7. September. Der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet über die gestrige Besprechung der deutsch-nationalen Parteiführer mit der Reichsregierung. Der Reichkanzler hat betont, die Deutsch-nationalen seien die Partei des Rechtes. Sie stü-

durchaus auf verfassungsmäßigem Boden und es könne vorausgesetzt werden, daß die bestehende Verfassung gegen gewalttätige Verletzungen mit allen gesetzlichen Mitteln zu schützen sei. Die vorliegende Verordnung verleihe aber gegen Artikel 109 der Verfassung, indem sie Gewalttätigen nur dann Verfolgung erlaube, wenn sie sich gegen Vertreter einer bestimmten politischen Auffassung richten. Die Einseitigkeit der Verordnung sei noch verhängnisvoller, wenn sie sich gegen Vertreter einer bestimmten politischen Auffassung richten. Die Einseitigkeit der Verordnung sei noch verhängnisvoller, wenn sie sich gegen Vertreter einer bestimmten politischen Auffassung richten. Die Einseitigkeit der Verordnung sei noch verhängnisvoller, wenn sie sich gegen Vertreter einer bestimmten politischen Auffassung richten.

Württemberg und die Verordnung vom 29. August.

Stuttgart, 7. September. Der Präsident des Landtages hat das Verlangen der Fraktionen der württembergischen Bürgerpartei und des Bauernbundes auf Einberufung des Landtages zur Begründung der von ihr eingekommenen großen Anfrage wegen der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August und des Verbotes der „Süddeutschen Zeitung“ abgelehnt. Die Fraktionen haben darauf bei der Regierung Vorstellungen erhoben und gefordert, daß die württembergische Regierung bei der Reichsregierung nachdrücklich und ungeschwächt für die Aufhebung der Verordnung eintrete.

Ausführungen in Speyer.

Speyer, 7. September. Wegen der mit Gewalttätigkeiten verbundenen Landhebung in der vorigen Woche, wobei das Regierungsgebäude zerstört wurde, hat die Polizei neue Verhaftungen vorgenommen. Die Arbeiter haben die Freigabe der Verhafteten verlangt und sind heute mittig in den Arrest getreten. Um 11 Uhr wurde das Gerichtsgebäude von der Menge gestürmt. Bei einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Demonstranten fielen Schüsse. Mehrere Arbeiter wurden schwer verletzt und einer getötet.

Admiral v. Scheer darf reden.

Berlin, 7. September. In Auftrage der badischen Regierung war kürzlich eine vom Offiziersbund in Karlsruhe beauftragte Versammlung veranstaltet worden, in der Admiral v. Scheer sprechen durfte. Nachdem der bekannte Kapitän des Admirals v. Scheer erschienen war, sind erneute Anreden eines ähnlichen Vortrags des Admirals in Freiburg zu vernehmen, vom Reichsminister des Innern mit der ausdrücklichen Begründung abgelehnt worden, daß die Persönlichkeit des Admirals v. Scheer die Gewähr dafür bietet, daß in der Versammlung nicht gegen den § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten verstoßen werden würde.

Die Unruhen in Mitteldeutschland im Untersuchungsausschuß.

Berlin, 7. September. Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages verhandelte heute in öffentlicher Sitzung über die Unruhen in Mitteldeutschland. Auf der Tagesordnung standen Forderungen nach einer Untersuchung der Vorgänge in der Provinz Sachsen. Als erster Generalzeuge wurde der frühere Staatsminister Severing vernommen. Er bestritt die Vorgänge im Zusammenhang mit dem kommunistischen Parteitag in Halle. Die damalige Ursache eines Reichstagspatentes sei von der Arbeiterschaft sehr ernst genommen worden. Darum sei es zu erklären, daß in einer Reihe von Ortschaften die Arbeiter noch im Besitze von Waffen waren. Während

der Tagung der Nationalversammlung war Halle der Mittelpunkt aller Unruhen. Die preussische Regierung habe sich nicht, wie behauptet werde, durch die Dinge überlassen. Die Polizeikräfte seien stärker eingesetzt worden, wenn nicht die ober-schlesische Abstimmung bevorstehen hätte. Man hätte beobachtet, daß riesige Truppenmassen von den Polen zusammengezogen wurden. Der Einsatz der Reichswehr wäre von den Polen als Befähigung der Kammarschleichen über deutsche Küstungen aufgefaßt worden. Die Heranziehung der Reichswehr hätte die Sache noch kompliziert. Über die Beteiligung von Amts- und Gemeindevorstehern am Aufstand könne er keine Auskunft geben, da er seit dem 23. April nicht mehr Minister sei. Es sei nicht bekannt, daß Ausländer in besonders großer Zahl sich im Aufstandsgebiete aufgehalten hätten. Die Bewaffnung der Arbeiter sei die Folge der Verwöhnung der Orgel gewesen. Altru sei es, von der Erziehung einer roten Armee in Mitteldeutschland zu sprechen. Das Befürchtete war, daß die Russen in den Besitz von Dynamit kämen. Eine feste rote Organisation habe jedenfalls nicht bestanden. Die Unruhen waren im wesentlichen durch die Kämpfe der Arbeiter von Halle. Er habe den Eindruck, daß die kommunistische Partei nicht das Signal zum mittel-deutschen Aufstand gegeben habe. Der Untersuchungsausschuß habe weiter den Oberpräsidenten Höpfer, der sagte, man müsse zum Verständnis der Vorgänge vom Rapp-Putsch ausgehen. Als der Aufstand losbrach, habe er das Militär nicht eingesetzt. Hätte man das getan, so hätte es ein Blutvergießen ohne Gleichen gegeben. Der Aufstand hätte sich auf das ganze Reich verflungen. Eine rote Armee habe es dort weder im Jahre 1920 während des Rapp-Putsches, noch während dieses Aufstandes gegeben. Grausamkeiten seien auf beiden Seiten vorgekommen. Die 1000 Mann Polizeitruppen, die er zuerst angefordert habe, seien auf keine Veranlassung vor Grausamkeiten einmündig gemacht worden. Von dieser Seite sei auch nichts vorgekommen. Dagegen sei es möglich, daß von Polizeimannschaften, die aus anderen Provinzen kamen, Übergriffe begangen wurden. Auf Seiten der Aufständischen seien zahlreiche Grausamkeiten und Übergriffe vorgekommen. Die Zahl der Ausländer war in der Provinz Sachsen außerordentlich groß. Besonders seien viele Russen während des Aufstandes in der Provinz Sachsen festgesetzt worden, deren Zahl mit 2000 bis 3000 wohl nicht zu hoch gegriffen sei. Zur Frage, ob es eine rote Armee gegeben habe, erklärte der Zeuge noch: Wo konkrete Fälle angegeben worden seien, habe er überall Untersuchungen anstellen lassen, aber auch nicht in einem einzigen Falle sei es ihm gelungen, die Wahrheit solcher Behauptungen festzustellen.

Gegensätze in der Völkerbundsversammlung.

Genf, 7. September. Zu Beginn der heutigen Vormittags-sitzung der Völkerbundsversammlung verlangte sofort der Delegierte für Chile Edwards das Wort, um energisch gegen den Antrag der bolivianischen Delegation Einspruch zu erheben, daß der Artikel 19 des Paktes auf den Vertrag zwischen Bolivien und Chile von Jahre 1904 Anwendung finden solle. Der Artikel steht vor, daß die Versammlung unersetzbar gewordene Verträge, die den Bolivianern gegenüber, einer Neuprüfung unterzogen kann. Der chilenische Delegierte erklärte, daß seine Regierung sich der Einbeziehung

des Antrags in die Tagesordnung der Völkerbundsversammlung widersetze. Der Völkerbund sei nicht zuständig. Es würde durch ein derartiges Eingreifen ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen werden. Es bestände dann Gefahr, daß man auch die Revision der Friedensverträge ausführen könne. Die leidenschaftlichen Ausführungen des chilenischen Delegierten wurden von der Versammlung ruhig aufgenommen. Die französischen Delegierten trübten deutlich ihre Zustimmung zu erkennen. Darauf verteidigten die beiden bolivianischen Delegierten Armas und Sanchez in längeren Ausführungen den Standpunkt ihrer Regierung. Armas sagte aus, daß das Ziel der bolivianischen Regierung die allgemeine Befreiung dieser Frage sei. Der Vertrag sei nicht auf gegenseitiger Übereinstimmung begründet, sondern durch Druck erfolgt. Der Vertrag sei unzulässig und daher auch nicht durchzuführen worden. Bolivien solle jahtrelang das Übergewicht der Niederlage tragen und wende sich nun an den Völkerbund, nicht um eine Widerstandsmacht zu erlangen, sondern um Gleichberechtigung zu fordern. Die Völkerbundsversammlung könne ihre Zuständigkeit nicht leugnen, wenn sie ihre eigene Existenzberechtigung nicht aufgeben wolle. Bolivien verlange nur eine Befreiung, nämlich die, ob die Versammlung zuständig sei oder nicht. Eine Kommission würde am besten eine Lösung der Angelegenheit herbeiführen. Der zweite bolivianische Delegierte Sanchez gab mehrere Einzelheiten über das Vertragsverhältnis. Der chilenische Delegierte erwiderte darauf, daß eine Kommission nach der Weisung der Versammlung nicht zuständig sei, da bei solchen Fragen die Zustimmung in der Versammlung erfolgen müsse. Er sei aber mit jedem anderen Befürworter einverstanden, das den Delegierten Gelegenheit geben könnte, sich einen Überblick zu verschaffen. Er erhebe Einspruch dagegen, daß die Frage auf die endgültige Tagungsordnung gelegt werde. Präsident von Karmel hat dieser Auffassung zu und schlug vor, daß die Ausführungen der chilenischen und bolivianischen Delegierten getrennt vorgelesen werden sollten, um der Versammlung Gelegenheit zu weiterer Überlegung zu geben. Die Entscheidung könne dann in einer späteren Sitzung dieser Tagung erfolgen. Da sich kein Widerspruch in der Versammlung geltend machte, erklärte der Präsident den Antrag als angenommen. Damit ist der Zwischenfall vorläufig erledigt, der die größte Spannung hervorgerufen hatte infolge der grundsätzlichen Bedeutung späterer Annahmearbeit. Nach Annahme der vorläufigen Tagesordnung und Befreiung des Aufgabengebietes wurde die Sitzung gegen 1/2 Uhr geschlossen. Heute nachmittag treten die ersten drei Kommissionen zusammen.

Genf, 7. September. Der Konflikt zwischen Bolivien und Chile hatte heute nachmittag noch ein kleines inoffizielles Nachspiel. Die Delegierten der beiden Staaten hatten die Pressevertreter zu sich gebeten, um ihnen nochmals mit denselben Argumenten ihren Standpunkt darzulegen. Auf die Frage, ob man im Falle einer Nichtberücksichtigung ihres Antrages die bolivianische Delegation aus dem Völkerbund zurückziehen werde, erwiderten die Pressevertreter die Antwort, daß die Delegation auf jeden Fall den Instruktionen ihrer Regierung gehorchen werde.

Die westungarische Frage.

Wien, 7. September. Die „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht einen Beschluß des sozialdemokratischen Parteivorstandes zur westungarischen Frage, in dem darauf hingewiesen wird, daß der Kampf um das Ungarnland auch den Kampf um die Freiheit der Republik Österreich gegen die Wieder-

Wissenschaft und Kunst.

Dresden, 8. September.

Eine neue Waffe im Kampf gegen die Tuberkulose.

In der planmäßigen Bekämpfung der Tuberkulose war bis 1913 Deutschland am erfolgreichsten. Während noch 1895 im Deutschen Reich (ohne Elsaß-Lothringen und ohne die beiden Reichsteile) 123 195 Personen an Tuberkulose (davon 113 786 an Lungentuberkulose) starben, hatte sich die Zahl der Sterbefälle an dieser Krankheit 1913 im selben Gebiete auf 94 927 verringert. Auf je 10 000 Lebende berechnet bedeutet das eine Abnahme von 24,9 auf 14,76 Todesfälle, also auf etwa drei Fünftel. Der Ausbruch des Krieges und die damit zusammenhängende jahrelange Unterernährung, zu der das Wohnungsproblem noch als verschärfender Umstand hinzutrat, ließ die Zahl der Todesfälle mehr und mehr ansteigen, so daß 1918 im ganzen 147 360 Todesfälle (22,96 auf je 10 000 Lebende) zu verzeichnen waren. Wir waren also durch den Krieg in der Bekämpfung der Tuberkulose um mehr als 25 Jahre zurückgeworfen worden.

Die deutsche wissenschaftliche Forschung hat aber in der Bekämpfung der Tuberkulose auch während des Krieges nicht nachgelassen, sozialhygienische Maßnahmen haben sich ihr angeschlossen und so konnten die Befürchter der Tuberkuloseepidemie in Dresden in diesem Sommer die erfreuliche Tatsache zur Kenntnis nehmen, daß ein ganz erheblicher Rückgang der Todesfälle an Tuberkulose zu verzeichnen ist und wir im Jahre 1920 etwa den Stand von 1916 wieder erreicht hatten. Bei dem einschlägigen Zusammenarbeiten von Staat, Gemeinden, Privatorganisationen und den Trägern der Sozialversicherung ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die Bekämpfungen zur Wiederherstellung der Tuberkulose weiter von günstigem Erfolge gekrönt sein werden.

Eine sehr wertvolle Waffe im dem Kampfe gegen die Tuberkulose ist der ärztlichen Wissenschaft unlängst in einem Verfahren gegeben worden, das der Vorstand der Thüringischen Impfanstalt in Weimar, Dr. Ponnorf, auf Grund zehnjähriger Beobachtungen und Versuche ausgearbeitet und in der medizinischen Literatur bekanntgegeben hat, sobald es jetzt in zahlreichen Krankenhäusern, wie in der privatärztlichen Praxis mit großem Erfolge angewandt wird. Seine, auch dem Leiden verhängnisvollen Ausführungen, fi den sich in seinem, im Selbstverlag des Verfassers erschienenen Buche: „Die Heilung der Tuberkulose und ihrer Nischeninfektionen durch Baktinimpfung“. Ein Mittelmittel kann selbstverständlich auch dieses Verfahren nicht sein, wohl aber ist es nach ärztlicher Feststellung ein Hilfsmittel im Kampfe gegen die Tuberkulose, wie die medizinische Wissenschaft zurzeit kaum ein zweites besitzt. (Münchener medizinische Wochenschrift 1921, Nr. 7.) Da es in fortgeschrittenen Fällen vermag, ist möglichst frühzeitige Anwendung notwendig.

Ponnorf geht von dem Gedanken aus, daß die Tuberkulose viel weiter verbreitet ist, als der Laie annimmt, wenn auch ein großer Teil der davon befallenen Menschen sich im Laufe der Zeit selbst immunisiert und somit gesund bleibt, d. h. keine wahrnehmbaren Zeichen von Tuberkulose mehr aufweist. Die Aufgabe für den Arzt ist also die, auch die vom Tuberkulosebazillus befallenen Menschen, deren Körper sich nicht selbst immunisiert, gegen ein Weitergehen des Krankheitsprozesses zu schützen.

Der ohne weiteres gegebene Weg war der der Impfung; während es aber bisher nur möglich war, ein gesundes Individuum dadurch zu immunisieren, daß man ihm die betreffenden toten Bakterienkörper in gewissen Zwischenstadien einverleibte (Typhus, Cholera-Impfung), galt es nun, ein Impfverfahren zu finden, um in schon erkrankten Gefäßsystemen die lebenden Bakterien abzutöten und so einem Weitergehen der Krankheit vorzubeugen.

Als beste Lehrmeisterin bei der untersuchen den Betrachtung der Vergiftungen eines Körpers mit Bakterienkörpern und der darauffolgenden Entgiftung erwies sich die Schuppodenimpfung. Eine genaue Beobachtung der dabei auftretenden Erscheinungen führte zu folgenden Ergebnissen: Wenn nach der Podenimpfung die Giftbildung im Körper eine gewisse Höhe erreicht hat, so treten leichte abendliche Temperaturerhöhungen auf (toxigisches Fieber). Die Füllung der Pore leitet sich nunmehr ein mit Bildung des Podenhofes um das Bläschen, wobei letzteres infolge Lebung und Einbindung seines kaffinigen Inhalts in der Mitte eintritt. Die benachbarten Lymphdrüsen schwellen an, kurze Störungen des Allgemeinbefindens, Verschlagensein, Rücken- und Kopfschmerzen, Schüttelfrost, hohes Fieber (antitoxisches Fieber) stellen sich ein. Diese regelmäßige, zu einer bestimmten Zeit auftretende Veränderung ist die Wirkung des neuauftretenden Gegengiftes, dessen Entstehung wir am Rande des Podenbläschens in der Haut beobachten. Hier wird durch die Vereinerung des in den Zellen der Stachelzelle der Haut abgelagerten und einer dauernden Veränderung unterworfenen Toxins mit dem im Podenbläschen vorhandenen reinen Bakteriengift ein neuer biochemischer Körper gebildet. Dieser hat die Fähigkeit, die im Blute befindlichen Podenerreger durch Auflösung oder Entgiftung unschädlich zu machen. Nach dem Auftreten dieses Gegengiftes ist eine Reimpfung für eine gewisse Zeit angebracht. Es müssen also die Grundstoffe, aus denen sich die Gegengifte bilden, längere Zeit im Körper, und zwar in der Stachelzelle der Haut, zurückbleiben. Mit anderen Worten: die Haut stellt das Immunisationsorgan für den Körper dar, in ihrer Stachelzelle werden die Bakterienkörper aufgespeichert und abgebaut, von ihr aus werden sie dauernd aus Blut abgegeben, besonders aber bei Bedarf gelegentlich einer Reimpfung des selben Individuums. Daraus folgt weiter, daß das bisher geübte Verfahren, die Impfstoffe unter

der Haut zu spritzen, falsch war, daß sie im Gegenteil in die Haut gebracht werden müssen. Der praktische Versuch hat die Richtigkeit dieser theoretischen Überlegung bestätigt: es ist Ponnorf gelungen, durch Hautimpfung mit kongruenten Tuberkulose bereits an Tuberkulose erkrankte Individuen zu immunisieren, d. h. die Tuberkulosebazillen abzutöten. Damit ist die Möglichkeit gegeben, die Tuberkulose aus dem Volkskörper zu entfernen und unter Volk von der furchtbaren Seuche zu befreien.

Nach Ponnorfs Beobachtungen werden noch schneller als die Tuberkulose selbst ihre Nischeninfektionen, besonders die durch Streptokokken hervorgerufene (Pneumonie, Bakteriämie, Sepsis, Meningitis), zur Heilung geführt. Ponnorf empfiehlt, zur wirksamen Bekämpfung der Tuberkulose die Bekämpfung nicht erst bei den Lungentuberkulosen zu beginnen, sondern schon vorher bei den Streptokokken, d. h. bei der Lymphdrüsentuberkulose. Mit wenigen Impfungen können wir alle streptokokken Kinder und die durch ihre tuberkulöse Umgebung gefährdeten Personen für lange Zeit immunisieren. Alle Kinder, welche Zeichen oder Verdacht der Tuberkulose aufweisen, sind zu impfen. Mit diesem Satz ist alles gesagt, was die Tuberkulose abtöten kann. Das übrige sind Organisationsfragen, wie die Vereinfachung eines brauchbaren Tuberkuloseimpfstoffes — ein den verschiedenen Arten der Tuberkulosebazillen angepaßter, gleichmäßig wirkender Tuberkuloseimpfstoff wird jetzt von den Sächsischen Serumwerken nach den Vorlesungen Ponnorfs hergestellt —, Ausbildung der Ärzte in der Impfung, Wege der Unternehmung, Kontrolle durch Gesundheitsämter, Begleitstoffe usw. Im Prinzip ist aber die Frage der Ausrottung der Tuberkulose gelöst.

Wissenschaft und Technik. Aus Leipzig schreibt man uns: Auf den neu begründeten Lehrstuhl für Privatwirtschaftslehre an der Landesuniversität hat der sächsische Professor der Nationalökonomie an der Technischen

Bestellung der Habsburgischen Monarchie bedeuten kann. Die Arbeiterfrage wird daher aufgeführt, die österreichische Monarchie dadurch zu unterstützen, daß sie den Verleih und alle für die Befreiung und Ausrichtung der Monarchie wichtigen Betriebe ungehindert im Gange erhält und allen Betrieben, welche die Arbeiterfrage zu Unbefriedigtheit herausfordern, läßt sich entgegenstellen.

Budapest, 7. September. Das ungarische Kabinet hat die Verhandlungen über die Rückgabe der Karpaten-Regionen dem Minister des Äußeren eine Note überreicht, in der festgestellt wird, daß obwohl die ungarische Regierung wiederholt erklärt habe, die aus dem Frieden von Trianon entspringenden Verpflichtungen einhalten zu wollen, die jetzigen Verhandlungen in der westeuropäischen Frage keinen Zweifel über ihre Absicht erregte, sich der Übergabe des Karpaten-Gebietes zu widersetzen. Die Vertreter der vertriebenen Bevölkerung würden die ungarische Regierung mit Recht für alle Unruhen verantwortlich machen, die sich vor oder nach der Übergabe ereignen könnten. Die vertriebenen Bevölkerung der Karpaten würde, mit der nötigen Unterstützung, die zur Durchführung des Vertrags zu bringen, da sie überzeugt seien, daß die einzige wirksame Sicherung der Einheit der ungarischen Nation in der strengsten Einhaltung der internationalen Verpflichtungen liegt.

Wien, 7. September. Wie das Wiener Kabinetbüro amtlich mitteilt, kam es in der heutigen Nacht nur bei Durnau und Althaus zu erheblichen Unruhen, bei denen niemand verletzt wurde. Die Angreifer wurden vertrieben. Nachrichten, nach denen die ungarischen Verbände durch häufigen Salvo vertrieben werden, können nicht überprüft werden, weil jenseits der niederösterreichischen Grenze für den militärischen Erhaltungsdienst geschulte Kräfte nicht verwendet werden dürfen.

Ausfahrungen von Arbeitslosen in Dunder.

London, 7. September. Die Mütter melden aus Dunder Ausfahrungen von Arbeitslosen. Es kam zu Zusammenstößen zwischen Polizei und einer Menge von 5000 Personen, darunter zahlreiche Frauen, wobei von beiden Seiten mit Steinen geworfen wurde. Die Polizei ging mit Knütteln vor. Zahlreiche Personen wurden verletzt.

Der Gewerkschaftskongress in Cardiff.

London, 7. September. Der Gewerkschaftskongress in Cardiff nahm gestern eine Entschließung an, in der einer ersten Besorgnis Ausdruck gegeben und erklärt wird, daß es Pflicht des Staates sei, den Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen oder eine entsprechende Unterstützung an die Arbeitslosen zu gewähren. Der Kongress billigte die Aktion der Behörden und Arbeiterverbände, die sich bemühen, den Arbeitern beizustehen. Er ist aber der Ansicht, daß die Arbeitslosen durch den Staat unterstützt werden müssen. Schließlich verlor der Kongress die sofortige Einberufung des Parlaments, damit zur Behebung der Arbeitslosenfrage geeignete Maßnahmen getroffen werden können.

Der Woplah-Aufstand.

London, 7. September. Aus Kalkutta wird gemeldet: Die in Tanur verhafteten Woplah wurden wegen Mordanschlag und Beschädigung von Eisenbahnen zu zwei Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Sächsische Landesbibliothek.

Der von der Direktion der Sächsischen Landesbibliothek zu Dresden auf die Jahre 1919 und 1920 herausgegebene Jahresbericht ist soeben erschienen. Am 1. Oktober 1920 trat der Direktor der Bibliothek Geh. Regierungsrat Dr. Hubert Ermisch in den Ruhestand, nachdem er die Bibliothek vom Jahre 1907 an geleitet hatte. Zum Nachfolger Ermisch wurde der Direktor der Stadtbibliothek in Chemnitz, Prof. Dr. Martin Böhler, berufen, der sein Amt am 2. Oktober 1920 antrat. Unter Geheimrat Ermischs Direktion ist Meistensches geschaffen worden. Alle Arbeiten wurden von der Absicht getragen, die Bibliothek zu einem immer beachtlicheren Instrument der Wissenschaft zu machen. Der Erfolg spricht sich in den Benutzungszahlen aus, die während der Amtszeit Dr. Ermischs eine überaus bedeutende Steigerung erfahren haben. Gewaltige Anstrengungen machten die Bibliothek in der Erkenntnis, daß das große Problem der Wiederherstellung des deutschen Volkes nicht so sehr ein wirtschaftlich-materielles wie ein kulturelles ist, sowohl ihre Schätze möglichst allgemein zugänglich zu machen, als in ihren Anschaffungen mit den Bedürfnissen Schritt zu halten. So hat die Landesbibliothek mit Genehmigung des vormaligen Ministeriums des Kulturbesitzes die Bücher in geringerer Weise als früher von der Bekämpfung einer Verfallstehung abhängig gemacht. Es kann jetzt jeder Erwachsene zur Benutzung zugelassen werden, der den Nachweis führt, daß er nach seiner Persönlichkeit und seinen Verhältnissen für die Erfüllung der mit der Entleihung verbundenen Pflichten Gewähr leistet. Die Benutzung ist jetzt freier als vor dem Kriege. Die auch an anderen deutschen Bibliotheken zu beobachtende Steigerung der Nachfrage zeigt, daß immer weniger der einzelne sich auf eigenen Mitteln die zum Studium nötigen Bücher verschaffen kann und immer mehr auf die Bibliotheken angewiesen ist, die auf ihrer Höhe zu erhalten demnach heute notwendiger ist als je. Bei dem Bestreben, diese Aufgabe zu erfüllen und eine für die bringenden Bedürfnisse der Gelehrten und der Bildungsuchenden hinreichende Auswahl von Büchern anzuschaffen, stand die Bibliothek vor großen, häufig wachsenden Schwierigkeiten, denn die Ausgaben für Bucherwerb und -einband sind außerordentlich gestiegen. Ausländische Bücher sind in den Verzeichnissen so gut wie gar keine angeführt worden. Ohne eine feste Verrechnung ihrer Anschaffungsmittel wird die Landesbibliothek nicht existenzfähig mehr werden können. Dankenswerterweise steht der Haushaltplan für 1921 eine namhafte Verstärkung der Anschaffungsmittel vor. Die Bibliotheken suchen aber auch ihre Not durch gegenseitige Hilfe zu mildern. So sind Arbeiten im Gange, welche die Zusammenarbeit durch Zusammenfassung der gemeinschaftlichen Bestände der Bibliotheken der Stadt Dresden und des Staates Sachsen zu lindern versuchen wollen. Seit dem Dezember wird in der Landesbibliothek an der Herstellung eines Gesamtverzeichnisverzeichnisses für Dresden gearbeitet. Ferner ist der Entwurf zur Errichtung eines engen Verkehrsverkehrs zwischen der Landesbibliothek zu Dresden, der Universitätsbibliothek und der Deutschen Bibliothek in den kleineren Bibliotheken des Landes ausgearbeitet worden, nach dessen Genehmigung die Bibliotheken sich gegenseitig in zahlreichen Fällen durch Darlehen werden helfen können, wo ihre eigenen Mittel nicht zur Aufschaffung des Wünschenswerten ausreichen. Eine so reichhaltige Bibliothek wie die Dresdener gewährt den in ihr Arbeitenden nicht selten

auch sich über das Gesamtgebiet erstrecken. Für die besten Arbeiten werden Preise von vorläufig 1500 M. angesetzt, deren Erhöhung in Aussicht steht. Das Preisrichteramt ist übernommen von Prof. Dr. Borchling, Prof. Dr. Rauscher, Prof. Dr. Fritsch, Regierungsrat Dr. Mund in Hamburg, Prof. Dr. Lehmann-Rilk, Prof. Dr. Sauermaun-Riel, Prof. Dr. Schilling-Altrock. Besondere Arbeiten werden ohne Remuneration mit Stichtag bis 1. Juni 1922 an Dr. Hans Fr. Mund, Hamburg, Postallee 35, erbeten.

— Heute begeht der sächsische Dichter Franz Karl Giesel seinen 50. Geburtstag. Er trat als Lyriker in das deutsche Schrifttum ein, wuchs aber im Laufe der Jahre auch zum Erzähler heran und schenkte der deutschen Dichtung Werke, die seinem Namen Geltung und Ansehen gaben. Mit Würden dem verdienten Manne, daß er noch lange seinem edlen Schaffen erhalten bleibe; in einer Zeit der Freijahre wie der unruhigen sind Denker und Dichter von der Art Giesel's wahrhaftig Führer der Nation, die hoch in Ehren gehalten werden müssen.

Bildende Kunst. Aus Paris schreibt man uns: Der Louvre hat eine der berühmtesten Bildnisse des Dichters Russel zum Geschenk erhalten. Es ist dies ein Porträt von G. H. Landelle, das in der Familie des Dichters allgemein für das Ähnlichste galt. Der Poet selber war freilich nicht ganz zufrieden, sondern in einem improvisierten Spottgedicht meinte er, Landelle habe ihn halb eingeschlagen dargestellt. Landelle selbst äußert sich später ein, wie in der „Comedie“ erzählt wird, daß er die Natur eines „Lorsquier“ habe, weil er besonders durch die Däse der Nase frappt gewesen sei; überhaupt habe ihm der Kopf als Ganzes die Erinnerung an ein — Schaf wachgerufen.

Musik. Georg Schumann hat drei größere neue Choral-Noten für sechs- bis achtstimmigen Chor a cappella geschrieben (nach den Chören „Wie schön leuchtet der Morgenstern“,

dem Rücklagefonds der Zeitschriftenwerke zu bewilligen. Genehmigung fand die veränderte Dienstzeit in den Klassen des Kriegsfürsorgeamtes, die künftig für den öffentlichen Zahlverkehr nur von 1/8 bis 12 Uhr mittags geöffnet werden, um für die Erledigung der umfangreichen Kassenarbeiten Zeit zu behalten.

Bei Jahreshauptprüfungen in Straßburg werden häufig von Jahrgängen, die ihren Jahrschein nicht finden können, erklärt, daß sie bei der Bezahlung keinen Jahrschein vom Schöner erhalten haben, während der Schöner das Gegenteil behauptet. Solche unrichtige Fälle können vermieden werden, wenn den Bestimmungen der Betriebsordnung entsprochen wird, auf die hiermit erneut hingewiesen wird. Die Jahrgänge sind verpflichtet, den Jahrschein anzufragen und vom Schöner zu verlangen und den Betrag dafür zu entrichten. Die Jahrgänge haben den Jahrschein während der ganzen Fahrt anzubewahren und auf Verlangen dem Schöner oder dem Kontostellen jederzeit vorzulegen, widrigenfalls auf Verlangen des Kontostellenden ein neuer Jahrschein für die ganze von dem benutzten Wagen zurückgelegte Strecke zu lösen ist. Zahlungspflichtige Jahrgänge, die sich nicht — spätestens vor Verlassen des Wagens — zur Lösung des Jahrscheins gemeldet haben, sind wegen Hinterziehung des Jahrgeldes zur Entziehung des Beschlusses des hinterzogenen Betrages verpflichtet.

Die Oberrealschule zu Dresden-Zoogarten, Markstraße 18, beabsichtigt, ein schon seit einiger Zeit geplantes Gedächtnismaß zu Ehren ihrer verstorbenen ehemaligen Schüler, soweit sie im Besitze des Real- oder Oberrealschulzeugnisses gewesen sind, baldig ausführen zu lassen. Scherlichkeit und Ehrenarbeit richten daher erneut an alle Angehörigen ehemaliger gefesteter Schüler die herzlichste Bitte, die Namen der Gefallenen baldmöglichst der Schulleitung mitzuteilen, falls dies bisher nicht schon geschehen sein sollte. Zugleich wird nochmals dringend um weitere Spenden an diesem Ehrenmal gebeten. Annahmestelle: die Kasse der Oberrealschule.

Nach Beendigung der umfangreichen Renovierungsarbeiten wird die Andreaskirche am kommenden Erntedankfest Sonntag wieder in Gebrauch genommen.

Es sei auch an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß der Ortsverband Dresden der Reichsanstalt deutscher Journalisten und Schriftsteller seine Mitglieder und die Angehörigen des Bezirksvereins Dresden im Landesverband der sächsischen Presse sowie des Bezirks Dresden Presse für nächsten Sonntag, den 11. September, zu einem festlichen Beisammensein im schönen Pflaßheim Oberwartha eingeladen hat. Die Veranstaltung soll den Charakter eines lächeligen Festes haben. Die Mottos sind: „Die Marmelade und das Leben“, so schreibt der Entwerfer vor, „in kurze Worte, die Weisheit an Robert in Gedicht. Die Stadträte, die so mir anliegen, dem, besetzen in Sport- oder Straßen-Anzug kommen.“ Das Fest beginnt mittags mit einem gemeinsamen Mittagessen im Pflaßheim, das 12 Uhr ist; Beschlüssen hierauf sind bis spätestens Sonnabend vormittags an Frau Julius Reischer, Dresdener Anzeiger, Dreierstraße 7/9, unter Einbringung dieses Betrages zu richten. Zur Fahrt nach Oberwartha kann die Eisenbahn, die Straßenbahn oder der 10 Uhr-Dampfer nach Niederwartha benutzt werden; wenn zu letzterem genügend Teilnehmer an der Fahrt erscheinen, so kann für diese die sogenannte Vereins-Jahres-Ermäßigung in Anspruch genommen

Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, 8. September.

Der Rat beschloß in seiner Sitzung vom vergangenen Dienstag den Haushaltsanschlag zum Haushaltsjahr 1922 und den Haushaltsplan für die Haushaltsjahre, die Beamten, die Angestellten der Anlage II der Beschäftigungsordnung und die Lehrkräfte an den höheren Schulen, den Haushaltsanschlag zu den Kinderkrippen, sowie den Veranschlagung der Parteigeldempfänger, Parteigeldempfänger und Witwen vom 1. August 1921 ab im Sinne der Beschlüsse des Gesamtmünchens vom 3. September 1921 zu erhöhen. Die Zahlungen, die danach über die bisher gewährten Beträge hinaus zu leisten sind, sollen bis zur entsprechenden gesetzlichen Regelung im Besonderen vorläufige erfolgen. Die Bezahlungswerte für Naturalbezüge werden mit Wirkung vom 1. August 1921 ab erhöht. Ferner wurde beschlossen, a) insgesamt 27000 M. für sanitäre Anlagen und Unterhaltungsarbeiten im Schlacht- und Viehhof im diesjährigen Haushaltsplan einzusetzen, und die Veranschlagung unermindert der Veranschlagung des Haushaltsplanes zu genehmigen; b) unter Anrechnung der notwendigen Beschleunigung 938010 M. für den Neubau eines Hauses für Erkrankungen der oberen Luftwege im Krankenhaus Friedrichsbad, mit 1680000 M. zu Lasten des Bundes für den Umbau dieses Krankenhauses und mit 768000 M. zu Lasten der Kreisverwaltung der Deckung aus Reichs- und Staatszuschüssen zu bewilligen; c) 770000 M. zur Beschaffung einer Kohlenverlade-Einrichtung für das Weichwasserwerk zu Lasten der Kreisverwaltung vorbehaltlich späterer Rückzahlung aus

hochschule in Karlsruhe, Prof. Dr. rer. pol. et jur. Alexander Hoffmann einen Ruf erhalten. Er hatte sich 1920 an der Universität Leipzig als Privatdozent für Nationalökonomie und Privatwirtschaft niedergelassen und war erst am 1. April 1921 dem Rufe nach Karlsruhe gefolgt.

Auf seiner neuen Polarreise wird Shackleton im Auftrag des Britischen Luftministeriums auch meteorologische Untersuchungen durchführen und zwar die oberen Luftschichten auf dem ganzen Wege registrieren, das er einschlägt. Das Luftministerium hat ihn mit den modernsten meteorologischen Instrumenten zu diesem Zwecke ausgerüstet, und man hofft, daß die Ergebnisse dieser Forschungen für die zukünftige Entwicklung des Fliegens von Wichtigkeit sein werden.

Aus London wird gemeldet: Eine wichtige wissenschaftliche Entdeckung, die es den Ärzten möglich macht, die Lage von Fremdkörpern im menschlichen Körper noch genauer als bisher festzustellen, wird bei der diesjährigen Ausstellung der Britischen Photographischen Gesellschaft vorgestellt werden. Durch diese Methode ist es möglich, bei der Röntgen-Durchleuchtung nicht nur den Gegenstand zu zeigen, sondern auch seine Lage auf das genaueste zu bestimmen. Es soll dadurch ermöglicht werden, eine größere Anzahl von Beschädigungen ohne jede Unannehmlichkeit für den Patienten vorzunehmen, die Gefahren, die bisher noch für die Röntgenologen vorhanden sind, sollen dadurch beseitigt werden.

Literatur. Carl Sternheims neuestes Werk „Kanon Besant“ wurde von Berlin (Weinhaus Bernauerstraße Bühnen) und Frankfurt a. M. (Saarplatz) zur gleichzeitigen Aufführung erworben. Ferner gelangt das Stück noch in der ersten Hälfte dieser Spielzeit in Köln (Neues Theater), Hamburg (Deutsches Schauspielhaus), München (Staatstheater), Regensburg (Staatstheater), Weimarer (Landestheater) und anderen Städten zur Aufführung. Carl Stern-

heim bereitet auf Anregung der Leitung der Oper zu Frankfurt a. M. eine zeitliche Neubearbeitung von Offenbachs Operette „Blauhaar“ vor, deren Aufführung das Hamburger Opernhaus im Frühjahr unter Leitung des Operndirektors Dr. Ernst Zeit herausbringen wird.

Das Fest der Herzogin aus dem Reinen Dramen der Jage von Holgerdrill wurde vom Döllsdorfer Stadttheater durch Vermittlung von Oesterfeld u. Co., Berlin W. 15, zur Aufführung angenommen.

Bernard Shaw's neuestes dramatisches Werk „Zurück zu Methusalem“, aber das in der „Vossischen Zeitung“ schon berichtet wurde, kommt im Guild-Theater zu New York zur Aufführung. Dr. Dixon Smith, der mit Shaw in London das Stück für die amerikanische Aufführung durchgearbeitet, stellt es dem „Faul“ und dem „Ringe der Abteilungen“ an die Seite und verheißt den luftfreundlichen Amerikanern „Bernard Shaw's Spiel“, ein neues Boyreuth. „Zurück zu Methusalem“, eine Phantasie, von Erschaffung der Welt bis 31920 u. Chr. spielend, wird im Guild-Theater an drei Abenden nacheinander gespielt werden. Da der erste Abend „Der Garten Eden“ wahrscheinlich Hunger machen werde, wie Wagner's „Walküre“, soll eine Souperpause eingelegt werden. Man sieht also, ein Plan, der an Großartigkeit nur noch von den Plänen mit 36 Epöden — 108 Akten übertraffen wird.

Der Niederdeutsche Bund — Niederdeutsch-Bund — wählt eine Bearbeitung der Frage, wieviel sich ein gemeinsamer Reich an Volkskunst und volkstümlichen Überlieferungen für die Niederlande und Niederdeutschland erweitern läßt. Bei den volkstümlichen Überlieferungen ist in erster Linie an die Sagen des Volkliedes und Volksmärchens gedacht, in zweiter Linie an die dem niederländischen und niederdeutschen Stamm gemeinsamen Sitten und Gebräuche. Die Arbeit kann eine der genannten Gruppen herausgreifen oder

auch sich über das Gesamtgebiet erstrecken. Für die besten Arbeiten werden Preise von vorläufig 1500 M. angesetzt, deren Erhöhung in Aussicht steht. Das Preisrichteramt ist übernommen von Prof. Dr. Borchling, Prof. Dr. Rauscher, Prof. Dr. Fritsch, Regierungsrat Dr. Mund in Hamburg, Prof. Dr. Lehmann-Rilk, Prof. Dr. Sauermaun-Riel, Prof. Dr. Schilling-Altrock. Besondere Arbeiten werden ohne Remuneration mit Stichtag bis 1. Juni 1922 an Dr. Hans Fr. Mund, Hamburg, Postallee 35, erbeten.

Heute begeht der sächsische Dichter Franz Karl Giesel seinen 50. Geburtstag. Er trat als Lyriker in das deutsche Schrifttum ein, wuchs aber im Laufe der Jahre auch zum Erzähler heran und schenkte der deutschen Dichtung Werke, die seinem Namen Geltung und Ansehen gaben. Mit Würden dem verdienten Manne, daß er noch lange seinem edlen Schaffen erhalten bleibe; in einer Zeit der Freijahre wie der unruhigen sind Denker und Dichter von der Art Giesel's wahrhaftig Führer der Nation, die hoch in Ehren gehalten werden müssen.

Bildende Kunst. Aus Paris schreibt man uns: Der Louvre hat eine der berühmtesten Bildnisse des Dichters Russel zum Geschenk erhalten. Es ist dies ein Porträt von G. H. Landelle, das in der Familie des Dichters allgemein für das Ähnlichste galt. Der Poet selber war freilich nicht ganz zufrieden, sondern in einem improvisierten Spottgedicht meinte er, Landelle habe ihn halb eingeschlagen dargestellt. Landelle selbst äußert sich später ein, wie in der „Comedie“ erzählt wird, daß er die Natur eines „Lorsquier“ habe, weil er besonders durch die Däse der Nase frappt gewesen sei; überhaupt habe ihm der Kopf als Ganzes die Erinnerung an ein — Schaf wachgerufen.

Musik. Georg Schumann hat drei größere neue Choral-Noten für sechs- bis achtstimmigen Chor a cappella geschrieben (nach den Chören „Wie schön leuchtet der Morgenstern“,

„Jesus meine Zuversicht“ und „Erinnere dich“). Die neuen Werke können vorzuziehlich in dem ersten Konzert der Berliner Singakademie im Oktober zur Aufführung.

Theater und Film. In Hamburg wird unter dem Namen „Freie Bühne“ (Theater des westfälischen Volkes) Mitte September eine neue Bühne eröffnet, die von den angesehensten Schauspielern des Altonaer Stadttheaters in Form einer G. m. b. H. ins Leben gerufen wurde. Zu Geschäftsführern wurde Marie Vorhagen, Vorsitzende der Bühnengemeinschaft, und die Herren Gube, Geßler und Dr. Gumpin, in dessen Händen die künstlerische Leitung liegt, gewählt. Das Unternehmen, das für einen niedrigen Eintrittspreis im Gewerkschaftssaal und in den verschiedenen Theatern Vorstellungen bietet, wird von der Gesellschaft Deutscher Bühnengänger gebilligt.

Eine Werkstatt für Blumenmädchen und Gärten wird der Realistischen Akademie für Kunstgewerbe zu Dresden Anfang Oktober d. J. angegliedert. Der Unterricht bezweckt gute sachliche und geschmackvolle Ausbildung. Aufnahme finden nur weibliche Personen nach vollendetem 16. Lebensjahre. Werkstattleiter ist der ehemalige Direktor der Blumenfachschule zu Ebnitz, Kaufmann R. Kurt Müller. Anmeldungen mit Geburtschein und legitem Schulzeugnis bis zum 26. September. Auskunft erteilt der Leiter der Werkstatt jeden Dienstag, Donnerstag und Freitag von 11 bis 1 Uhr, Nummer 25 in der Akademie für Kunstgewerbe, Eingang Markstraße.

Hochzeitig ist hier die letzte Tochter Gustav Koeders, Auguste Köber, gestorben. Sie besaß wertvolle Aufzeichnungen und theatergeschichtliche Erinnerungen an ihren Vater, dessen Andenken sie mit liebevoller Pietät pflegte.

weiter. Hr. Ferd. Menzer erwartet die Fahr- teilnehmer um 1/10 Uhr an der Dampfhaltestelle am Trossenerfer, um das Weitere zu veranlassen. Wer an der Vereinstrombala teilnehmen will, muß ein Geschenk im Werte von 10 M. mitbringen.

* Erneut gewarnt wird vor drei Betrügern, die schon in den Monaten März, April und Mai dieses Jahres hier aufgetreten sind und in letzter Zeit in anderen Städten Deutschlands, wie Erfurt, Halle usw., ihr Unwesen getrieben haben.

Ein Bauer treibt in letzter Zeit sein Unwesen hier. Er macht sich an Kaufbüchsen oder Leihlinge heran, die von ihren Firmen mit Waren zur Anschaffung geschickt werden. Er erzählt ihnen, daß er vom Geschäftsinhaber unter Kennung dessen Namens, den er offenbar von den mitgeführten Papieren abliest, geschickt sei, um mit ihnen einen Auftrag auf dem Güterbahnhof in der Rosenstraße zu erledigen.

Die Bank für Bauten zu Dresden wird die erste Generalversammlung für das vergangene Geschäftsjahr Sonnabend, den 8. Oktober in ihrem Bureau, Waisenhausstraße 4, nach der im Angelegenheit bestimmten Tagesordnung abhalten. U. a. steht die Übertragung des Zentraltheater- und Wirtschaftsbetriebes auf eine neu zu gründende Gesellschaft zur Beschlusfassung.

Die Deutsche Harmonial-Verkaufsvereinigung G. m. b. H. Bochum hat in hochherziger Weise für das Oberstleutnantswerk den Betrag von 500 000 M. gespendet.

Chemnitz. Der Bezirksrat der Amtshauptmannschaft Chemnitz hat beschlossen, die Einberufung von Heinersdorf nach Chemnitz zu befürworten mit Ausnahme der Kolonie Heinersdorf, deren Bewohner abstimmen sollen, ob sie zu Chemnitz oder Müggenburg wollen.

Waldenfeld. Von 121 Bewerbern wurde Gemeindevorsteher Hauffe in Leipzig-Lindenthal zum Bürgermeister der Stadt Waldenfeld gewählt.

Waldenfeld. Durch Beschluß vom 3. September d. J. ist das von der Staatsanwaltschaft Chemnitz auf Betreiben des Oberstaatsanwalts Franke in Burgstädt eingeleitete Erörterungsverfahren gegen den dortigen Bürgermeister Dr. Roth eingestellt worden.

Hainichen. Der Rat beschloß eine Erhöhung der Preise für elektrischen Strom auf 2,50 M. bei Nacht und 1,50 M. bei Tag, sowie auf 1,55 M. für 1 Kubikmeter Gas.

Waldenfeld. Von 121 Bewerbern wurde Gemeindevorsteher Hauffe in Leipzig-Lindenthal zum Bürgermeister der Stadt Waldenfeld gewählt.

Waldenfeld. Durch Beschluß vom 3. September d. J. ist das von der Staatsanwaltschaft Chemnitz auf Betreiben des Oberstaatsanwalts Franke in Burgstädt eingeleitete Erörterungsverfahren gegen den dortigen Bürgermeister Dr. Roth eingestellt worden.

Hainichen. Der Rat beschloß eine Erhöhung der Preise für elektrischen Strom auf 2,50 M. bei Nacht und 1,50 M. bei Tag, sowie auf 1,55 M. für 1 Kubikmeter Gas.

Waldenfeld. Durch Beschluß vom 3. September d. J. ist das von der Staatsanwaltschaft Chemnitz auf Betreiben des Oberstaatsanwalts Franke in Burgstädt eingeleitete Erörterungsverfahren gegen den dortigen Bürgermeister Dr. Roth eingestellt worden.

Hainichen. Der Rat beschloß eine Erhöhung der Preise für elektrischen Strom auf 2,50 M. bei Nacht und 1,50 M. bei Tag, sowie auf 1,55 M. für 1 Kubikmeter Gas.

Waldenfeld. Durch Beschluß vom 3. September d. J. ist das von der Staatsanwaltschaft Chemnitz auf Betreiben des Oberstaatsanwalts Franke in Burgstädt eingeleitete Erörterungsverfahren gegen den dortigen Bürgermeister Dr. Roth eingestellt worden.

Hainichen. Der Rat beschloß eine Erhöhung der Preise für elektrischen Strom auf 2,50 M. bei Nacht und 1,50 M. bei Tag, sowie auf 1,55 M. für 1 Kubikmeter Gas.

Waldenfeld. Durch Beschluß vom 3. September d. J. ist das von der Staatsanwaltschaft Chemnitz auf Betreiben des Oberstaatsanwalts Franke in Burgstädt eingeleitete Erörterungsverfahren gegen den dortigen Bürgermeister Dr. Roth eingestellt worden.

Hainichen. Der Rat beschloß eine Erhöhung der Preise für elektrischen Strom auf 2,50 M. bei Nacht und 1,50 M. bei Tag, sowie auf 1,55 M. für 1 Kubikmeter Gas.

Waldenfeld. Durch Beschluß vom 3. September d. J. ist das von der Staatsanwaltschaft Chemnitz auf Betreiben des Oberstaatsanwalts Franke in Burgstädt eingeleitete Erörterungsverfahren gegen den dortigen Bürgermeister Dr. Roth eingestellt worden.

28 1/2 kg Dynamit bei sich tragen, außerdem noch zwei Helfershelfer, die mit dem Transport in Verbindung standen. In der Wohnung der Verhafteten wurden später noch 16 kg Sprengstoff und 300 Sprengkapseln beschlagnahmt.

Braunschweig, 7. September. Der als Hauptmann der Schutzpolizei aus Königsberg nach Braunschweig berufene angehende Rittmeister a. D. Wilhelm Dau ist heute von der Strafkammer des Landgerichts Braunschweig wegen Betragsversuchs zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt worden.

Wanne (Westfalen), 8. September. In Köhlinghausen bei Wanne erzwangte der Bergmann Linnemann seine Frau und verletzete sich selbst schwer. Der Bergmann Karba, der mit Frau Linnemann ein Liebesverhältnis unterhalten hatte, schloß sich eine Kugel in den Kopf.

Paris, 7. September. "New York Herald" veröffentlicht einen Brief des Pariser Korrespondenten der Bank Morgan, in dem in Abrede gestellt wird, daß Pierpont Morgan sich augenblicklich in Berlin aufhalte, und in dem erklärt wird, der amerikanische Finanzmann sei seit dem Kriege nicht in Berlin gewesen und habe auch keinerlei Absicht, sich dorthin zu begeben.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden zu der Generalversammlung am 10. Oktober 1921, vorm. 10 Uhr im Büro der Bank, Waisenhausstr. 4, III., stattdessen eingeladen.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden zu der Generalversammlung am 10. Oktober 1921, vorm. 10 Uhr im Büro der Bank, Waisenhausstr. 4, III., stattdessen eingeladen.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden zu der Generalversammlung am 10. Oktober 1921, vorm. 10 Uhr im Büro der Bank, Waisenhausstr. 4, III., stattdessen eingeladen.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden zu der Generalversammlung am 10. Oktober 1921, vorm. 10 Uhr im Büro der Bank, Waisenhausstr. 4, III., stattdessen eingeladen.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden zu der Generalversammlung am 10. Oktober 1921, vorm. 10 Uhr im Büro der Bank, Waisenhausstr. 4, III., stattdessen eingeladen.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden zu der Generalversammlung am 10. Oktober 1921, vorm. 10 Uhr im Büro der Bank, Waisenhausstr. 4, III., stattdessen eingeladen.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden zu der Generalversammlung am 10. Oktober 1921, vorm. 10 Uhr im Büro der Bank, Waisenhausstr. 4, III., stattdessen eingeladen.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden zu der Generalversammlung am 10. Oktober 1921, vorm. 10 Uhr im Büro der Bank, Waisenhausstr. 4, III., stattdessen eingeladen.

Schauspielhaus. Die Komödie "Kugeln" von Wilhelm Speyer, deren Uraufführung am Sonntag, den 11. September, stattfinden soll, ist folgendermaßen besetzt: Walter - Walter, Gladys - Alice Berden, Karla - Hedwig Verber, Brand-Amour - Viktor Mehnert, Genu - Alexander Bietz, Greter - Adolf Winterfeld, Toni Greter - Magdalene Weibren, Jabane - Ernst-Josef Aufricht, Anton - Franz Oltmanns, Spielleitung: Viktor Mehnert. Anfang 7 Uhr.

* Neupädler Schauspielhaus, Spielplanänderung. Da der neue Bühnenbau noch nicht fertig eingebaui werden konnte, muß die Uraufführung von "König Ricolo" verschoben werden.

* Morgen, Freitag, findet im Ausstellungspalast ein Symphoniekonzert (das letzte des Sommerfestes) des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Musikdirektor Feiereis statt.

Table with 5 columns: Station, Temp. gestern, Beobachtungen heute (ab 7 Uhr), Temp., Wetter. Rows include Dresden, Leipzig, Chemnitz, etc.

Hauptgewinne der 4. Klasse 179. Zähl. Landeslotterie. 2. Ziehungstag am 8. September 1921. Durch Fernsprecher übermittelt, daher ohne Gewinn für die Richtigkeit. (Nachdruck verboten.)

Die vollständige Liste der heute gezogenen Gewinne erscheint in der nächsten Nummer dieses Blattes.

Siegelmarken für Staats-, Stadt- u. Gemeindeflaggen, Stadtmappen oder Gemeindeflaggen, Briefmarken, etc.

Neupädler Schauspielhaus. Spielplanänderung. Da der neue Bühnenbau noch nicht fertig eingebaui werden konnte, muß die Uraufführung von "König Ricolo" verschoben werden.

Residenztheater. Gastspiel Maria Neufuss (Neupädler Schauspielhaus Dresden) u. a.: Japanstreich. Drama in vier Aufzügen von Franz Adam Weperlein. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Zentraltheater. Der Vater aus Dingda. Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr.

Viktoria-Theater. Täglich: Gastspiel Paul Becker. Anfang 7 1/2 Uhr.

Die glückliche Geburt eines gesunden Jungen zeigen nur hierdurch hoch erfreut an Oberförster Krutzsch und Frau Else geb. Rosenbaum, z. Zt. Callenberg b. Schirgiswalde, den 5. September 1921.

Familiennachrichten. Vermählt: Hr. Dr. phil. Karl v. Boecking mit Fräulein Margarete Lange in Oberolbitz b. Rostock.

Tageschronik.

7. September. Ein Schadenfeuer, das am Montag mittig in der mit Getreide und Wirtschaftsgütern gefüllten Scheune des Landwirts Dehm im benachbarten Gehl ausbrach, griff auch auf das Lehmische Wohnhaus über und zerstörte beide Gebäude vollständig.

Hamburg, 7. September. Drei Kriminalbeamte nahmen drei junge Türken fest, die in Paketen die in Folge Verletzung des bisherigen Inhabers in den Aufbestand freierwerbende Stelle des

Bürgermeisters für ab Neujahr 1922 neu zu besetzen. Gehalt nach Gruppe IX der staatlichen Besoldungsordnung, Ortsklasse D.

Die durch Wahl des jetzigen Inhabers in ein Bürgermeisterramt freierwerbende Stelle eines ständige Lehrerstelle zu besetzen.

Die durch Wahl des jetzigen Inhabers in ein Bürgermeisterramt freierwerbende Stelle eines Verwaltungsobersekretärs soll schnellstens neu besetzt werden.

Alte Feuerspritze, vierjährig, gut erh., verl. 4790 Gemeinde Gornsdorf i. G.

Theater, Konzerte, Vorträge.

Mitteilung der Sächsischen Staatstheater. Opernhaus. Sonnabend, den 10. September: "Lohengrin". König - Georg Jahnke, Lohengrin - Fritz Vogelstrom, Elsa - Eliza Stünzner, Telramund - Arthur Heiser, Ortrud - Maria Reußig, Herrufer - Rudolf

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden zu der Generalversammlung am 10. Oktober 1921, vorm. 10 Uhr im Büro der Bank, Waisenhausstr. 4, III., stattdessen eingeladen.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden zu der Generalversammlung am 10. Oktober 1921, vorm. 10 Uhr im Büro der Bank, Waisenhausstr. 4, III., stattdessen eingeladen.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden zu der Generalversammlung am 10. Oktober 1921, vorm. 10 Uhr im Büro der Bank, Waisenhausstr. 4, III., stattdessen eingeladen.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden zu der Generalversammlung am 10. Oktober 1921, vorm. 10 Uhr im Büro der Bank, Waisenhausstr. 4, III., stattdessen eingeladen.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden zu der Generalversammlung am 10. Oktober 1921, vorm. 10 Uhr im Büro der Bank, Waisenhausstr. 4, III., stattdessen eingeladen.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden zu der Generalversammlung am 10. Oktober 1921, vorm. 10 Uhr im Büro der Bank, Waisenhausstr. 4, III., stattdessen eingeladen.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden zu der Generalversammlung am 10. Oktober 1921, vorm. 10 Uhr im Büro der Bank, Waisenhausstr. 4, III., stattdessen eingeladen.

Amtlicher Teil.

Öffentliche Sitzung des Kreisaußschusses zu Dresden...

Auf Blatt 129 des hiesigen Handelsregisters, die Firma...

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 15870, betr. die Firma Commerz- und Privat-Bank...

2. auf Blatt 14320, betr. die offene Handelsgesellschaft...

3. auf Blatt 16200, betr. die Gesellschaft...

4. auf Blatt 14915, betr. die offene Handelsgesellschaft...

5. auf Blatt 5379, betr. die Firma...

Im Handelsregister ist auf Blatt 364 für den...

Auf Blatt 1243 des Handelsregisters ist heute...

worben. Gesellschafter sind die Fabrikanten a) Hermann...

In das Handelsregister ist eingetragen worden:

1. am 27. Juli 1921 auf Blatt 504 (Energie-Werke...

2. am 20. August 1921 auf Blatt 521 (Metall- und...

3. am 24. August 1921 (Wilhelm Adam & Co. in...

4. am 30. August 1921 auf Blatt 447 (Metall- gläser...

Über den Nachlass des Handbuchverlags-Fabrikanten...

Es wird zur Beschlussfassung über die Beibehaltung...

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige...

Auf Blatt 442 des hiesigen Handelsregisters, die Firma...

In das hiesige Handelsregister ist heute eingetragen...

auf Blatt 20, betr. die Firma...

auf Blatt 690, betr. die Firma...

auf Blatt 991 die Firma...

auf Blatt 3 des Handelsregisters, die Firma...

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

a) auf dem Blatte der Firma...

b) auf dem die offene Handelsgesellschaft...

c) auf Blatt 67 - Landbesitz - die Firma...

Auf Blatt 442 des hiesigen Handelsregisters, die Firma...

Auf Blatt 583 des hiesigen Handelsregisters, die Firma...

In das Handelsregister des unterzeichneten Gerichts...

Auf Blatt 85 des Handelsregisters, die Firma...

a) Der Bauer Ernst Bruno Köhler, b) die ehemalige...

Das Einlagebuch Nummer 297 unterzeichneten Sparkasse...

Der Inhaber wird aufgefordert, seine Ansprüche...

Das Einlagebuch Nummer 297 unterzeichneten Sparkasse...

Der Inhaber wird aufgefordert, seine Ansprüche...

Das Einlagebuch Nummer 297 unterzeichneten Sparkasse...

Lohnbewegung.

Leipzig, 6. September. Der Streik der Buchhandlungs- und Buchhelfer in Leipzig...

Land- u. Forstwirtschaftliches.

Forstliche. (N.) Im Laufe des Krieges haben die Holz...

Land- u. Forstwirtschaftliches. (N.) Im Laufe des Krieges...

Land- u. Forstwirtschaftliches. (N.) Im Laufe des Krieges...

Land- u. Forstwirtschaftliches. (N.) Im Laufe des Krieges...

Land- u. Forstwirtschaftliches. (N.) Im Laufe des Krieges...

Land- u. Forstwirtschaftliches. (N.) Im Laufe des Krieges...

als eine Stätte der Erholung und Erquickung...

Die Dresdner Börse wird trotz Schlußes der Berliner Börse am Freitag...

Die Devisennotation. Die deutsche Mark fällt...

Konjessionen in Rußland. Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Die deutsche Mark fällt tiefer von Tag zu Tag...

Die Dresdner Börse wird trotz Schlußes der Berliner Börse...

Die Devisennotation. Die deutsche Mark fällt tiefer...

Konjessionen in Rußland. Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Die deutsche Mark fällt tiefer von Tag zu Tag...

Haufe gebracht hat, gibt man sich in weiteren...

Die Dresdner Börse wird trotz Schlußes der Berliner Börse...

Die Devisennotation. Die deutsche Mark fällt tiefer...

Konjessionen in Rußland. Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Die deutsche Mark fällt tiefer von Tag zu Tag...

Die Dresdner Börse wird trotz Schlußes der Berliner Börse...

Die Devisennotation. Die deutsche Mark fällt tiefer...

Konjessionen in Rußland. Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Die deutsche Mark fällt tiefer von Tag zu Tag...

gliedert, ihre Stände für den Absatz bereit. Textil-

Die Dresdner Börse wird trotz Schlußes der Berliner Börse...

Die Devisennotation. Die deutsche Mark fällt tiefer...

Konjessionen in Rußland. Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Die deutsche Mark fällt tiefer von Tag zu Tag...

Die Dresdner Börse wird trotz Schlußes der Berliner Börse...

Die Devisennotation. Die deutsche Mark fällt tiefer...

Konjessionen in Rußland. Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Die deutsche Mark fällt tiefer von Tag zu Tag...

